

*Zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933-45 waren viele Deutsche von Adolf Hitler und der NSDAP überzeugt. Es gab aber auch Menschen, die sich der willkürlichen Schreckensherrschaft und den Verbrechen der Nazis entgegenstellten. Diese Männer und Frauen kamen aus allen Teilen der Gesellschaft. Bekannte Beispiele sind die Geschwister Scholl oder die Gruppe des 20. Juli um Graf von Stauffenberg. Auch die Arbeiter*innenschaft spielte eine wichtige Rolle im Widerstand. Das gilt auch für Ostwestfalen und Lippe. Schließlich haben aber nicht die Widerstandskämpfer*innen Deutschland von den Nazis befreit, sondern die Alliierten. So stellt sich die Frage: Arbeiter*innwiderstand in Ostwestfalen-Lippe: Wirksam, umsonst, erinnerungswert?*

Aus heutiger Sicht erscheint es uns fremd, Menschen als Verbrecher zu verurteilen, weil sie ausländische Radiosender hören. Das Internet macht das Hören, Sehen und Lesen internationaler Medien für viele Menschen zu einer normalen Sache. Im NS gab es politische Gründe für das Verbot, ausländische Radiosender zu hören. Die Machthaber wollten das Leben der Bürger*innen umfassend kontrollieren, um sicherzustellen, dass keine ungewollten Informationen über Politik, Weltanschauung und den Krieg an die breite Bevölkerung gelangten. Regimekritische Meinungen konnten die NS-Herrschaft gefährden. Deshalb stand das Abhören ausländischer, „feindlicher“ Sender unter Strafe.

Zwar wurden einige Menschen wegen sogenannter „Rundfunkverbrechen“ verurteilt, jedoch kann vermutet werden, dass eine große Mehrheit derjenigen, die ausländische Sender hörten, dabei nicht entdeckt wurde. Historiker*innen stehen vor dem Problem, dass es unmöglich ist, genau nachzuweisen, wie viele Menschen ausländische Sender hörten. Da Radiohören überwiegend im privaten Raum stattfand, gibt es keine Aufzeichnungen oder gar Beweise dafür, wie hoch die Zahl derer, die solche Sender hörten, wirklich war. Jedoch sagen viele Zeitzeug*innen aus, dass sie ausländische Sender gehört haben. Im Vergleich erscheint die Zahl der Verurteilungen wegen „Radioverbrechen“ gering. Auch unter Strafgefangenen war der Anteil der „Radioverbrecher“ gering: Von etwa 3000 Inhaftierten saßen in Oberems bei Gütersloh nicht einmal ein Prozent wegen „Rundfunkverbrechen“ ein.

Aus diesen Gründen lässt sich sagen, dass das die „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ nicht nur als Grundlage zur Strafverfolgung, sondern auch der Abschreckung diene. Da die Beweisführung für eine Anklage wegen Rundfunkverbrechen äußerst schwierig war, wollte man zusätzlich eine möglichst abschreckende Drohkulisse schaffen, zum Beispiel durch massive Propagandaaktionen. Häufig wurden Urteile gegen „Rundfunkverbrecher“ in Zeitungen abgedruckt (M5.6) oder über vermeintliche Aufklärungsaktionen (M5.5) berichtet. Doch das waren nicht die einzigen Aktionen. Es wurden auch technische Maßnahmen ergriffen, beispielsweise wurden Störsignale gesendet, die die Frequenzen bekannter ausländischer Sender überdecken sollten, oder man installierte eigene Sender auf der gleichen Frequenz, sodass die ausländische Berichterstattung überdeckt wurde.

M5.4 DIE GESETZESNOVELLE ZUM „HOCHVERRAT“

*Hilscher, Elke: Das alltägliche Verbrechen: Rundfunkvergehen im Widerspruch zum totalitären Machtanspruch.
In: Stadtarchiv Hamm (Hrsg.): Ortstermin Hamm. Zur Justiz im Dritten Reich. Hamm, 1991. S. 51-55.*